

Protokoll:

Rm Kühlenthal (BIZ) merkt an, dass die Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt direkte Auswirkungen auf die Umsätze des Einzelhandels in der Stadt habe. Im Oberzentrum Koblenz, dessen Kunden verstärkt an Samstagen aus dem Umland kommen, treffe dies besonders zu. Die Möglichkeit, an Samstagen ab 14.00 Uhr kostenfrei zu parken, nutze der Kundenkreis verstärkt. Es sei bekannt, dass das Löhrcenter gerade diesen Effekt schon lange mit großem Erfolg nutze und seinen Kunden an Samstagen ab 16.00 Uhr freies Parken gewähre. Insofern sehe der Koblenzer Einzelhandel und „Alle lieben Koblenz“ die Bewirtschaftung des Parkraums an Samstagen ab 14.00 Uhr als falsch an. Die genannten, zu diesen Maßnahmen fachkundigen Institutionen seien nicht befragt worden und können daher nicht als Mitautoren in der Unterrichtungsvorlage zitierten Empfehlung herangezogen werden. Hier sei eine Abwägung zwischen den verschiedenen Interessen vorzunehmen. Der Verlust an Attraktivität und damit Einzelhandelsumsätzen für die Stadt Koblenz solle beachtet werden. Man bitte daher die Verwaltung, diese Aspekte zu berücksichtigen und in Zukunft bei solchen Fragen in Koblenz ansässige, fachkundige Institutionen wie den Einzelhandelsverband und „Alle lieben Koblenz“ einzubinden. Die Parkraumbewirtschaftung an Samstagen ab 14.00 Uhr sollte nicht eingeführt werden.

Rm Scherhag (CDU) appelliert, die Bewirtschaftung insbesondere die Parkraumbewirtschaftung an Samstagen ab 14.00 Uhr nochmals zu überdenken. In seiner persönlichen Erklärung habe Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann- Göttig gesagt, dass Stadtmarketing eine wichtige Aufgabe sei und er Arbeitsplätze erhalten und schaffen wolle. Koblenz lebe vom Mittelstand. Daher sei es wichtig, die Innenstadt als Einkaufsort noch attraktiver zu gestalten. Am umsatzstärksten Tag in der Woche, dem Samstag, schaffe man durch das kostenfreie Parken einen Erfolg bezüglich der Gewerbesteuererinnahmen und trage somit zur Wirtschaftsförderung bei. Der Inhalt in der Unterrichtungsvorlage hingegen sei kontraproduktiv. Einzelhändler müssten bereits starke Einschränkungen und Umsatzeinbußen hinnehmen. Er bittet, die Aufforderungen kurzfristig aufzunehmen und den Inhalt der Unterrichtungsvorlage nicht umzusetzen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke erklärt, man habe große Probleme mit dem Anwohnerparken, die es zu entschärfen gelte. Die Anwohner bekämen oft keine Parkplätze, obwohl sie dafür bezahlten; die Parkplätze würden durch auswärtige Autos zugeparkt. Auch die errichteten Poller würden mittlerweile von Gewerbebetreibenden für die Kunden genutzt, während ein Parkberechtigter dort nicht parken dürfe. Freies Parken sei zwar attraktiv und grundsätzlich zu unterstützen, aber man müsse auch an die Anwohner denken.

Rm Kaiser (FDP) stellt fest, man teile die bisherigen Meinungen. Es sei jedoch nicht gut, eine politische Beratung dieses komplexen Sachverhaltes mit dem Hinweis auf das Vorliegen einer staatlichen Auftragsangelegenheit zu unterbinden.

Vor einer endgültigen Umsetzung sollte der Wirtschaftsförderungsausschuss die Thematik beraten. Er könne sich vorstellen, dass es auch noch andere Möglichkeiten zur Verbesserung des Anwohnerparkens gebe, wie zum Beispiel die Reservierung ganzer Straßen.

Fraglich sei, ob 20.00 Uhr ein glücklich gewählter Zeitpunkt sei. Man dürfe nicht nur an die Anwohner denken, sondern auch an die Mitarbeiter der innerstädtischen Büros, die aufgrund fehlender Stellplätze in Parkhäusern erhebliche Probleme hätten. Es sollten nicht kurzfristige

Maßnahmen getroffen werden. Er bittet daher um Verschiebung und weitere Beratung des Themas.

Rm Lehmkühler (SPD) bemerkt, es werde immer nur von den betroffenen Einzelhändlern und Geschäftsleuten gesprochen. Als man 1979 die Parkraumbewirtschaftung eingeführt habe, seien bereits die Auswirkungen auf die Stadt diskutiert worden. Die Parkgebühren habe man später an die der umliegenden Städte nach unten angepasst, um konkurrenzfähig zu bleiben; aber der erwartete, höhere Umschlag sei nie eingetreten. Die Situation der Anwohner müsse angemessen berücksichtigt werden, denn sie fänden oft keinen Parkplatz, obwohl sie Gebühren entrichteten. Dieses Problem gelte nicht nur für die Alt- und Innenstadt sondern auch für die Vorstadt bis zum hin zum Bahnhof. Es existierten Möglichkeiten durch reine Anwohnerparkzonen die Parksituation zu verbessern, ohne das Geschäfte nachteilig tangiert werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig hat den Eindruck, dass das Thema „Parken“ noch lange präsent sein werde. Es handele sich um ein Zukunftsthema und man werde noch jenseits der Unterrichtsvorlage Entscheidungen treffen müssen.

Beigeordneter Prümm erklärt, die Verwaltung habe es sich mit dieser Entscheidung nicht leicht gemacht. Der Druck für die Anwohner, einen Parkplatz zu finden, werde noch steigen. Wenn man einen gewissen Umschlag durch die Parkraumbewirtschaftung erhalte, könnten die Anwohner leichter Parkplätze finden. Dies sei auch im Sinne der Straßenverkehrsordnung.

Man suche immer Kompromisse zwischen dem Einzelhandel, der Gastronomie sowie den Bewohnern der Altstadt.

Beigeordneter Prümm gibt zu bedenken, dass mittlerweile von der Geschäftsführung des Parkhauses Altlöhrtor wegen des steigenden Parkplatzdruckes überlegt werde, demnächst eine Sonntagsöffnung gegen Geld auf den Weg zu bringen.

Rm Enger (Bündnis 90/Die Grünen) fasst zusammen, dass eigentlich nur die Bewirtschaftungszeit den Öffnungszeiten der Geschäfte angepasst werde. Bei einem Mehrbetrag von 2 Euro am Tag könne man nicht von einem Ruin für Koblenz sprechen. Außerdem könne immer noch das Park and ride System genutzt werden.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke regt an, über eine Öffnung des Behördenparkplatzes in der Hohenfelderstraße, welcher samstags und sonntags leer stehe, nachzudenken.

Auf Frage von Rm Schupp (FDP) erklärt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig, dass er die Angelegenheit erneut im Stadtvorstand erörtern werde unter Berücksichtigung der heutigen Beratung des Stadtrates und ggf. Anpassungen überlegt würden.